

«Man müsste mehr in die politische Bildung investieren»

Politologe Markus Freitag sorgt sich wegen der Erosion des Milizsystems und hat Vorschläge, wie man Gegensteuer geben könnte.

Weshalb ist das Milizsystem für die Schweiz so wichtig?

Es ist ein zentraler Bestandteil der Schweizer Beteiligungsdemokratie – neben der direkten Demokratie, dem Föderalismus und der Konkordanz. Alle vier leben vom Mitmachen und tragen stark zum hohen Vertrauen in die Politik bei. Ohne das Milizsystem könnte die Beziehung zwischen Regierenden

und Volk Schaden nehmen. Die Bevölkerung könnte die Politik mit der Zeit als abgehobener empfinden, da weniger Alltagserfahrungen einfließen.

Die Bereitschaft, sich in öffentlichen Ämtern zu engagieren, nimmt seit Jahren ab. Auch weil man sich heute rasch harscher Kritik aussetzt, wenn man sich exponiert? Dieser Grund wird in unserer Befragung durchaus genannt.

zu engagieren, sei es im Militär, der Altenpflege oder dem Milizamt. Man könnte auch Ausländer für Lokalämter zulassen, wie das in einigen Kantonen der Westschweiz bereits der Fall ist.

Eine weitere Alternative wären Berufsbehörden.

Es gab schon die Prophezeiung, dass es bis 2040 nur noch Profibehörden gibt. Das ist durchaus möglich. Vor zehn Jahren waren nur rund sechs Prozent der Gemeinderäte teilzeitlich angestellt, mittlerweile sind es über 30 Prozent. Im National- und Ständerat ist das Milizsystem mittlerweile eher ein Mythos als Realität. Und die Regierungsgremien auf Kantonsebene sind weitgehend durch Berufspolitiker besetzt.

Eben. Wäre eine Professionalisierung so schlimm?

Die von uns befragten Milizpolitiker bevorzugen

Man steht heute schneller am Pranger, die Anspruchshaltung ist höher. Aber das ist nur ein Aspekt. Viele, insbesondere Frauen, glauben auch, ihnen fehle das fachliche Wissen für diese Tätigkeit. Die Hauptursache dürfte jedoch die Individualisierung sein. So ein Amt ist eine längerfristige Verpflichtung, für die man regelmässig viel Zeit einsetzen muss – das passt nicht zu den allgegenwärtigen Wünschen nach Flexibilisierung und Ungebundenheit.

Gibt es Gemeinsamkeiten zwischen den Gemeinden, die Probleme haben?

Es scheint, dass die Art des Führungsmodells eine Rolle spielt. Zudem vermute ich, dass eine Gemeinde mit einem aktiven Vereinsleben und aktiven Lokalparteien weniger Probleme hat, Ämter zu besetzen. Und Orte, die weniger

nahe an Städten mit ihren vielen Zerstreungsoptionen liegen, haben es möglicherweise auch leichter.

In acht Kantonen gibt es den Amtszwang. Werden solche Orte gut regiert, oder herrscht «Dienst nach Vorschrift»?

Belegt ist es nicht, aber es scheint naheliegend, dass die Regierungsqualität im Vergleich zu einer freiwilligen Amtsausübung eine andere ist. Allerdings hat der Amtszwang auch eine indirekte Wirkung: Im Wissen um die mögliche Verpflichtung finden sich meist doch noch Freiwillige.

Dann ist der Amtszwang also durchaus eine Lösung.

Ja, wenn es gar nicht anders geht. Aber es gibt auch die Idee eines allgemeinen Bürgerdienstes, bei dem alle verpflichtet würden, sich für eine bestimmte Zeit gemeinnützig



Markus Freitag (50) ist Direktor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern und dort Inhaber des Lehrstuhls für politische Soziologie.

eher Jahrespauschalen als Teilzeitanstellungen. Ausserdem schränken Saläre den finanziellen Spielraum einer Gemeinde ein, denn abschaffen kann man sie dann kaum mehr. Möglicherweise ziehen solche Anreize auch Leute an, die das Amt dann primär deswegen machen. Festangestellten Lokalpolitikern drohen bei einer Abwahl zudem empfindliche Einkommensverluste. Dies könnte zu einer anderen Art des Politisierens führen: Statt Sachpolitik steht die Wiederwahl im Fokus. Und letztlich entreisst man der lokalen Demokratie auf diese Weise ein Stück weit ihre Laienseele.

Was wären aus Ihrer Sicht bessere Lösungen?

Man müsste langfristig mehr in die politische Bildung investieren, nicht zuletzt, um die heranwachsende Bevölkerung dafür zu sensibilisieren. Heute finden nur 35 Prozent der 15- bis 25-Jähri-

gen das Milizamt wichtig oder sehr wichtig. Vorbildlich ist der Kanton Aargau, der «Politische Bildung» als Pflichtfach in der Oberstufe eingeführt hat. Hilfreich wäre auch ein klar umrissenes Pflichtenheft für jedes Amt. Vor allem miliztätige Frauen wünschen sich Einführungskurse für Amtsneulinge, und die Jüngeren hätten gern ein Zertifizierungssystem für die ehrenamtliche Arbeit, das auf dem Arbeitsmarkt als Pluspunkt gilt.

Der Schweizerische Gemeindeverband hat 2019 zum «Jahr der Milizarbeit» erklärt. Was erhoffen Sie sich davon?

Eine gewisse Sensibilisierung für die Herausforderungen und die Probleme der Milizarbeit. Mir scheint auch, dass dies bereits etwas ausgelöst hat.

Buchtipp: Markus Freitag, Pirmin Bundi, Martina Flick Witzig: «Milizarbeit in der Schweiz», NZZ Libro, 2019; Fr. 29.60 bei exlibris.ch